

08.10.2024

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

Ein Jahr nach dem Hamas-Terrorangriff: Solidarität mit Israel und entschlossenes Vorgehen gegen Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen

zu dem Antrag „**Gedenken an die Opfer des 7. Oktober – Jüdisches Leben weltweit schützen – Antisemitismus konsequent bekämpfen**“

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/10874 (Neudruck)

I. Ausgangslage

Am 7. Oktober 2023 verübte die Terrororganisation Hamas einen großangelegten heimtückischen Angriff aus dem Gazastreifen auf Israel. Unter dem unterstützenden Beschuss tausender Raketen durchbrachen über 1.500 Terroristen die israelischen Grenzanlagen und infiltrierten zahlreiche Städte und Ortschaften. In brutalen Massakern wurden über 1.200 Menschen ermordet. Allein auf einem nahe der Grenze stattfindenden Musikfestival wurden über 250 Menschen getötet. Zudem verschleppten die Terroristen weit über 200 Israelis – darunter Frauen, Kinder und ältere Menschen – als Geiseln in den Gazastreifen, wo sie als Faustpfand und menschliche Schutzschilde gegen israelische Gegenangriffe eingesetzt werden.

Als Reaktion rief Israels Regierung den Kriegszustand aus und bildete unter Einbeziehung der stärksten Oppositionsparteien ein Kriegskabinett. Über 300.000 Reservisten wurden einberufen, der Gazastreifen vollständig abgeriegelt und Stellungen der Hamas umfassend bombardiert. Im November 2023 begannen die israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) mit einer großangelegten Bodenoffensive und erzielte schnelle Fortschritte. In einer Zangenbewegung wurde der Gazastreifen geteilt und Gaza-Stadt isoliert. In einem gefährlichen und verlustreichen Häuserkampf versucht die IDF seitdem, das erklärte Kriegsziel der Zerschlagung der Hamas zu erreichen.

Unter Vermittlung von Katar und Ägypten wurde Ende November 2023 eine mehrtägige Feuerpause vereinbart. Als Gegenleistung für die Freilassung von Geiseln durch die Hamas ließ

Datum des Originals: 08.10.2024/Ausgegeben: 08.10.2024

Israel mehrere Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu und entließ hunderte inhaftierte Palästinenser.

Extrem angespannte Sicherheitslage

Während die Kämpfe im Gazastreifen fort dauern, bleibt die Sicherheitslage in anderen Teilen Israels höchst angespannt. An den Grenzen zum Libanon und zu Syrien kommt es wiederholt zu Angriffen durch die Hisbollah und andere islamistische Milizen. Diese Gruppen nutzen die instabile Situation, um ihre eigenen Offensiven gegen israelisches Territorium zu verstärken, was die Spannungen in der Region weiter eskaliert.

Im Süden Israels, insbesondere um die Hafenstadt Eilat, werden Raketen- und Drohnenangriffen aus dem über 1000 Kilometer entfernten Jemen registriert. Die vom Iran unterstützte Huthi-Miliz, die mit der Hamas verbündet ist, zielt auf israelische Einrichtungen und verschärft damit die ohnehin angespannte Bedrohungslage. Am 19. Juli 2024 griff sie Tel Aviv mit Drohnen an, woraufhin Israel Luftschläge gegen die jemenitische Hafenstadt Hodeida ausführte. Diese Ereignisse verdeutlichen die zunehmende Gefahr durch iranisch geförderte Milizen in der gesamten Region.

Ein weiterer Höhepunkt der Eskalation wurde am 13. April 2024 erreicht, als der Iran erstmals direkt von seinem Staatsgebiet aus gegen Israel vorging. Als Vergeltung für einen Israel zugeschriebenen Luftschlag am 1. April auf das iranische Konsulat in Damaskus, bei dem sieben Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden ums Leben kamen, feuerte der Iran über Nacht mehr als 300 Raketen, Drohnen und Flugkörper auf Israel ab. Dank der Unterstützung westlicher Verbündeter konnte ein Großteil des Angriffs abgewehrt werden. Dieser direkte militärische Schlag des Irans erhöht das Risiko eines regionalen Konflikts erheblich.

Am 25. September 2024 verschärfte sich die Lage weiter, als die libanesische Hisbollah-Miliz erstmals eine Rakete auf die Metropolregion Tel Aviv abfeuerte. Nach eigenen Angaben war das Ziel das Hauptquartier des israelischen Geheimdienstes Mossad in einem Vorort der Küstenstadt.

Im Verlauf der militärischen Operationen gelang es Israel in den vergangenen Wochen und Monaten, insbesondere Führungsfiguren der Hisbollah und Hamas auszuschalten. Diese gezielten Operationen dienen der Schwächung der terroristischen Infrastruktur und sollen zukünftige Angriffe auf israelisches Territorium verhindern. Zusätzlich nimmt Israel aktiv Raketenstellungen im Libanon ins Visier, die auf israelisches Gebiet ausgerichtet sind, um die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Mit der nun gestarteten Bodenoffensive Israels im Libanon und dem iranischen Angriff auf die israelische Zivilbevölkerung hat der Krieg im Nahen Osten eine neue Stufe erreicht. Mögliche weitere Konfliktparteien, zum Beispiel der iranische Verbündete Syrien oder die USA an Israels Seite, könnten nun ebenfalls in den Krieg eingreifen und somit einen regionsweiten Konflikt entfachen.

Die Bundesregierung, vertreten durch Bundesaußenministerin Baerbock, verhält sich in dem Konflikt bisher gespalten. Zwar wird stets die volle Unterstützung Israels versichert, doch gab es bereits viel Kritik aus Israel zur Außenministerin. Baerbock belehrte den jüdischen Staat Ende September, dass das Ausschalten des Hisbollah-Oberhauptes und Terroristen Hassan Nasrallah nur zur „Destabilisierung“ des Libanon führe und „in keinster Weise im Interesse der Sicherheit Israels“ sein würde.

Anstieg des Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen

Die Entwicklungen im Nahen Osten haben auch Auswirkungen auf die Situation in Nordrhein-Westfalen. Die Zahl der antisemitischen Vorfälle ist im vergangenen Jahr dramatisch gestiegen. Die nordrhein-westfälische Recherche- und Informationsstelle RIAS dokumentierte im Jahr 2023 insgesamt 664 judenfeindliche Ereignisse, was einen deutlichen Anstieg gegenüber den 264 Fällen im Jahr 2022 bedeutet. Besonders nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober vervielfachten sich die Meldungen von durchschnittlich 25 Fällen pro Monat auf 145 Fälle pro Monat zwischen Oktober und Dezember.

Diese Vorfälle reichen von Attacken auf Menschen in der Öffentlichkeit, Schmierereien an Gedenkstätten bis hin zu Hass gegen jüdische Kinder in Schulklassen. Die Bereitschaft zur Gewalt ist ebenfalls gewachsen: RIAS dokumentierte 16 körperliche Angriffe auf Einzelpersonen im Jahr 2023, gegenüber fünf im Vorjahr. Aktuellstes Beispiel ist die Verhaftung eines 15-Jährigen Islamisten im September 2024 in Wuppertal, welcher antisemitische Anschläge geplant haben soll.

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration, Josefine Paul, äußerte sich entsetzt über die Welle antisemitischer Hetze und Übergriffe. Sie betonte die Notwendigkeit von Präventionsmaßnahmen und bezeichnete die RIAS-Analyse als wichtige Grundlage dafür.

Fast täglich kommt es zu antisemitischen und islamistischen Demonstrationen von ausländischen Organisationen oder ihrem deutschen Vorfeld. Der Nahostkonflikt wird durch die angeheizte Stimmung und unkontrollierte Massenmigration zunehmend auch auf deutschen Straßen ausgetragen.

Diese besorgniserregende Entwicklung zeigt, dass Antisemitismus nicht nur ein Problem des Nahen Ostens ist, sondern auch hier in Nordrhein-Westfalen vermehrt auftritt. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, diesem Trend entschieden entgegenzutreten.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag verurteilt den brutalen Terroranschlag der Hamas sowie die direkten Angriffe des Irans, der Huthi-Miliz und der Hisbollah auf Israel auf das Schärfste und spricht den Opfern und ihren Angehörigen sein tiefstes Mitgefühl aus.
2. Der Landtag bekundet seine Solidarität mit dem Staat Israel und seinem Volk in dieser schweren Zeit.
3. Der Landtag erkennt das völkerrechtlich verbrieftete Recht Israels an, sich gegen diese barbarischen Angriffe zu verteidigen, seine Staatsbürger zu schützen und die Angreifer zu verfolgen.
4. Der Landtag erkennt an, dass nach der Wiederherstellung der inneren und äußeren Sicherheit Israels eine Lösung für das friedliche Miteinander in der Region dringend erforderlich ist. Diese Lösung sollte auf Verhandlungen und gegenseitigem Respekt basieren, um langfristige Stabilität und Frieden zu gewährleisten.
5. Staaten mit offener Feindschaft gegenüber Israel können keine Partner des Landes Nordrhein-Westfalen oder der Bundesrepublik Deutschland sein.
6. Vorsichtige Diplomatie zur Verhinderung eines Flächenbrandes ist nun erforderlich. Die Bundesaußenministerin hat in den letzten Wochen einen gefährlichen Kurs eingeschlagen und sich beherrschend und hochmütig gegenüber Israel verhalten. Damit ist der deutsche Einfluss in der Region in Gefahr.

7. Der Landtag zeigt sich alarmiert über den dramatischen Anstieg antisemitischer Vorfälle in Nordrhein-Westfalen und erkennt die Notwendigkeit entschiedener Gegenmaßnahmen.
8. Die Austragung der Konflikte im Nahen Osten auf deutschen Straßen ist inakzeptabel und der Landtag verurteilt islamistische und antisemitische Proteste auf das Schärfste.
9. Die deutschen Jüdinnen und Juden dürfen nicht Leidtragende einer verfehlten Innen- und Migrationspolitik sein.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene eindeutig für die Unterstützung Israels zu positionieren und diese Position konsequent zu vertreten;
2. sich auf Bundesebene für eine effektive Begrenzung der Migration aus Staaten mit offen antisemitischer und antiisraelischer Haltung auszusprechen;
3. jegliche Förder- oder Hilfsprogramme in den Palästinensergebieten, dem Libanon, dem Iran und Jemen einzustellen sowie Zahlungen an vor Ort tätige Organisationen, insbesondere UNRWA, einzustellen;
4. sich auf Bundesebene einzusetzen, jegliche Förder- oder Hilfsprogramme in den Palästinensergebieten, dem Libanon, dem Iran und Jemen einzustellen sowie Zahlungen an vor Ort tätige Organisationen, insbesondere UNRWA, einzustellen;
5. sich auf europäischer Ebene einzusetzen, jegliche Förder- oder Hilfsprogramme in den Palästinensergebieten, dem Libanon, dem Iran und Jemen einzustellen sowie Zahlungen an vor Ort tätige Organisationen, insbesondere UNRWA, einzustellen;
6. die Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen deutlich zu intensivieren;
7. das jüdische Leben in Nordrhein-Westfalen auf allen Ebenen uneingeschränkt zu schützen und zu fördern;
8. gegen islamistische Strukturen und Vereine vorzugehen und sie bei Möglichkeit zu verbieten sowie die Finanzierung solcher Strukturen und Vereine aus dem Ausland zu unterbinden;
9. ausländische Straftäter und Extremisten konsequent abzuschieben.

Sven W. Tritschler
Dr. Hartmut Beucker
Dr. Martin Vincentz
Christian Loose

und Fraktion